

Josef Bruckmoser

Das Patt in der katholischen Kirche Österreichs

Der Protest der Pfarrerinitiative

War da etwas? Ja und nein. Der „Aufruf zum Ungehorsam“, den die sogenannte österreichische Pfarrerinitiative am 19. Juni 2011 verbreitet hat, hat mehr als ein Jahr überstanden. Auf gut Österreichisch könnte man das Resümee ziehen: Guat ist g'angen, nix is g'schehn (Gut ist es gegangen, nichts ist geschehen).

Zumindest fast nichts. Denn die einzige Sanktion, die Mitglieder der Pfarrerinitiative bislang getroffen hat, ist in einer priesterlichen Karriere durchaus verschmerzbar. In den Erzdiözesen Wien und Salzburg durften beteiligte Pfarrer nicht mehr in das Amt des Dechanten gewählt werden. Die Begründung: Der Bischof könne Priestern, die zum „Ungehorsam“ aufgerufen haben, nicht die notwendige Zustimmung zur Leitung eines Dekanats geben. Das ist freilich nicht mehr als ein Zeichen guten Willens der zuständigen Ortsordinarien gegenüber Rom: Wir tun eh alles Gebotene, um den aufständischen Pfarrern den Wind aus den Segeln zu nehmen, oder konkreter: sie durch eine Taktik der kleinen Nadelstiche zu disziplinieren.

Das Verhältnis der österreichischen Protestpfarrer, vornehmlich in Gestalt von Pfarrer Helmut Schüller, und der Hierarchie, vornehmlich in Gestalt des Erzbischofs von Wien, Kardinal Christoph Schönborn, spiegelt en miniature die römisch-katholische Großwetterlage. Da ist auf der einen Seite die Restmenge jener Priester, die durch die Aufbruchstimmung nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-65) geprägt sind. Und da ist auf der anderen Seite eine Kirchenleitung, die, selbst wenn sie wollte, nicht einige Dutzend oder in Summe gar 300 Geistliche vom Dienst suspendieren könnte. Es fehlt ohnehin an allen Ecken und Enden an geweihten Häuptern. Da wäre es den betroffenen Gemeinden nur schwer zu erklären, wenn sie auf ihren Pfarrer verzichten müssten, der sich nichts hat zuschulden kommen lassen, außer einen fein säuberlich in sieben Punkten festgehaltenen „Ungehorsam“, der zum größeren Teil nur die real praktizierte, aber offiziell ignorierte Praxis in vielen Pfarrgemeinden spiegelt.

Es ist notwendig, die sieben Punkte des „Ungehorsams“ im Wortlaut wiederzugeben, um sie auf der Skala zwischen „Feststellung des Status quo“ bis „Kirchenrevolution“ korrekt einordnen zu können:

- „1. Wir werden in Zukunft in jedem Gottesdienst eine Fürbitte um Kirchenreform sprechen. Wir nehmen das Bibelwort ernst: Bittet, und ihr werdet empfangen. Vor Gott gilt Redefreiheit.
2. Wir werden gutwilligen Gläubigen grundsätzlich die Eucharistie nicht verweigern. Das gilt besonders für Geschieden-Wiederverheiratete, für Mitglieder anderer christlicher Kirchen und fallweise auch für Ausgetretene.
3. Wir werden möglichst vermeiden, an Sonn- und Feiertagen mehrfach zu zelebrieren, oder durchreisende und ortsfremde Priester einzusetzen. Besser ein selbstgestalteter Wortgottesdienst als liturgische Gastspielreisen.
4. Wir werden künftig einen Wortgottesdienst mit Kommunionsspendung als „priesterlose Eucharistiefeier“ ansehen und auch so nennen. So erfüllen wir die Sonntagspflicht in priesterarmer Zeit.
5. Wir werden auch das Predigtverbot für kompetent ausgebildete Laien und Religionslehrerinnen missachten. Es ist gerade in schwerer Zeit notwendig, das Wort Gottes zu verkünden.
6. Wir werden uns dafür einsetzen, dass jede Pfarre einen eigenen Vorsteher hat: Mann oder Frau, verheiratet oder unverheiratet, hauptamtlich oder nebenamtlich. Das aber nicht durch Pfarrzusammenlegungen, sondern durch ein neues Priesterbild.
7. Wir werden deshalb jede Gelegenheit nützen, uns öffentlich für die Zulassung von Frauen und Verheirateten zum Priesteramt auszusprechen. Wir sehen in ihnen willkommene Kolleginnen und Kollegen im Amt der Seelsorge.

Im Übrigen sehen wir uns solidarisch mit jenen Kollegen, die wegen einer Eheschließung ihr Amt nicht mehr ausüben dürfen, aber auch mit jenen, die trotz einer Beziehung weiterhin ihren Dienst als Priester leisten. Beide Gruppen folgen mit ihrer Entscheidung ihrem Gewissen – wie ja auch wir mit unserem Protest.“

Punkt 1 ist harmlos, Punkt 2 ist gängige Praxis im Großteil der Pfarrgemeinden, Punkt 3 spiegelt die zunehmende Belastung der weniger gewordenen Priester und die intuitive Abwehr von „Blaulicht-Pfarrern“ in vielen Gemeinden. Ans Eingemachte geht es ab Punkt 4: Die „priesterlose Eucharistiefeier“ ist tatsächlich eine Provokation, wenn man den römisch-katholischen Status des geweihten Amtsträgers und der ihm vorbehaltenen liturgischen Handlungen zugrunde legt. Daran rührt auch Punkt 5, wenngleich im katholischen Umfeld weniger grundsätzlich, weil die Wortverkündigung hier immer zweitrangig war hinter dem Eucharistieverständnis – ganz im Gegensatz zu den Kirchen der Reformation. Punkt 6 und 7 laufen der Praxis der Kirchenleitung frontal zuwider. Denn diese versuchen die Gemeinden neu nach der verfügbaren Zahl der zölibatären Priester zu ordnen (Stichwort Pfarrverband etc.). Dagegen geht die Pfarrerrinitiative vom Recht der Gemeinden auf die Eucharistie aus; dafür sei unabhängig

von Zölibat und Geschlecht eine ausreichende Zahl von geweihten Amtsträger/innen zur Verfügung zu stellen.

Wir wären nicht in Österreich, würde sich die öffentliche Debatte vor allem um diese – freilich schon zum Überdruß abgehandelten – Grundsatzfragen der Kirchenreform drehen. Tatsächlich wird der Konflikt in der medialen Darstellung sehr stark personalisiert, zumal die Ingredienzien dafür sehr reizvoll sind. Die Kontrahenten Schönborn und Schüller verbindet ein langer gemeinsamer Weg, der im wahrsten Sinne des Wortes über Nacht geendet hat. Das gibt viel psychologisches Unterfutter für die vordergründige Auseinandersetzung.

Da ist also auf der einen Seite Kardinal Schönborn, der als Verfasser des römischen Katechismus der Weltkirche (1993) in engstem Kontakt mit dem damaligen Präfekten der Glaubenskongregation Joseph Ratzinger gestanden hat. Schönborn ist dem Papst nicht nur zur Loyalität verpflichtet. Der Spross aus adeligem Geschlecht ist auch von Natur aus zum Gehorsam erzogen. Zu einem Gehorsam, der in der Frage des österreichischen Kaisers Ferdinand angesichts der Märzrevolution 1848 gepfeift haben soll: „Ja, dürfen’s denn das?“

Auf der anderen Seite steht Pfarrer Helmut Schüller. Er war Präsident der Caritas Österreich und Generalvikar der Erzdiözese Wien und damit auf dem besten Weg zu einer kirchlichen Karriere, die wohl auf einen Bischofssitz geführt hätte. Wäre da nicht im Februar 1999 das Zerwürfnis mit seinem Chef, dem Erzbischof von Wien gewesen. Schönborn legte seinem leitenden Mitarbeiter wegen „tiefgreifender Meinungsverschiedenheiten“ des Nächtens den Entlassungsbrief vor die Wohnungstür. Eine Vorgangsweise, die in einem Ordenshaus des Dominikaners Schönborn üblich gewesen wäre, nicht aber für die Entlassung eines Generalvikars der Erzdiözese Wien durch seinen Erzbischof. Heute ist Schüller, den die Wirtschaftsuniversität Wien zum „Manager des Jahres 1993“ gekürte hatte, Pfarrer von Probstdorf – tief in der niederösterreichischen Provinz der Erzdiözese Wien.

„Front Schönborn-Schüller verhärtet“ war der Titel der bürgerlichen Tageszeitung „Die Presse“ am 17. August 2011. „Zwar werde es keinen Showdown Kardinal Schönborn-Helmut Schüller geben, versicherte Schönborn-Sprecher Michael Prüller, aber keine der Konfliktparteien will von ihren Standpunkten abweichen“, schrieb das Blatt und zitierte den Sprecher des Wiener Erzbischofs weiter: Die Anliegen der Pfarrerinitiative seien „zu ernst, als dass sie allein auf eine medial angeheizte persönliche Auseinandersetzung reduziert werden dürften“. Tatsächlich habe Kardinal Schönborn „mit den Forderungen der Initiative kein Problem, sondern mit dem ostentativen Ungehorsams-Aufruf“.

Diese Linie verfolgte auch die österreichische Bischofskonferenz in ihrer Herbstsession 2011. „Ungehorsam ist ein Kampfwort, das so nicht stehenbleiben kann“, hieß es in einer offiziellen Erklärung der Bischöfe. Damit wurde versucht, die Auseinandersetzung von der persönlichen und medial bevorzugten Ebene Schönborn-Schüller auf den inhaltlichen Konflikt zu fokussieren. Dem Vernehmen nach hatte der stellvertretende Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Grazer Diözesanbischof Egon Kapellari, den Ausdruck „Kampfwort“ in den Text hinein urgiert. Der dienstälteste Bischof in Österreich ging dann selbst mit einem Fastenhirtenbrief am 15. März 2012 noch einmal sehr pointiert in die Öffentlichkeit: „Es muss ein klares Nein gesagt werden, wenn einige oder ein Vertreter der Pfarrerinitiative oder einer anderen Initiative in der Überzeugung, dafür eine historische Sendung zu haben, eigenmächtig das Steuerrad des Schiffes Kirche ergreifen wollen. Das führt zur Spaltung oder ist schon Spaltung.“

Kardinal Schönborn kam wenig später, am 7. April 2012, wieder in Zugzwang. „Das Wort Ungehorsam kann so nicht stehen bleiben“. Es brauche „eine öffentliche Klärung und ich denke, wir müssen sie bald angehen“. Der Anlass für diese Aufforderung war die Gründonnerstag-Predigt von Papst Benedikt XVI. gewesen: „Vor kurzem hat eine Gruppe von Priestern in einem europäischen Land einen Aufruf zum Ungehorsam veröffentlicht und dabei gleichzeitig auch konkrete Beispiele angeführt, wie dieser Ungehorsam aussehen kann. Zum Beispiel in der Frage der Frauenordination, zu der der selige Papst Johannes Paul II. in unwiderruflicher Weise erklärt hat, dass die Kirche dazu keine Vollmacht vom Herrn erhalten hat.“

Starke Worte aus höchstem Munde. Dass der Papst selbst in offizieller Form auf eine überschaubare Reformbewegung im überschaubaren Österreich Bezug genommen hat, war eine Sensation. Ein Motiv dafür könnte das befürchtete Übergreifen des „Ungehorsams“ auf Deutschland gewesen sein. „Papst rügt die Reformpfarrer: Angst vor einem Flächenbrand“, titelten die „Salzburger Nachrichten“ am 6. April 2012. Die österreichische Pfarrerinitiative sei erstmals direkt vom Papst persönlich in die Schranken gewiesen worden. „Dies ist ein außergewöhnliches Signal für die Sorge, die in Rom herrscht: die Ausbreitung der Reformideen der österreichischen Pfarrerinitiative in andere Länder. Ein Indiz dafür ist auch, dass der Obmann der kirchenkritischen Pfarrer, Helmut Schüller, Mitte März erstmals ein Auftrittsverbot in Deutschland bekommen hat. Eine Pfarre in der Diözese Hildesheim musste die Einladung an Helmut Schüller auf Anordnung ihres Bischofs widerrufen.“

Durch seine Predigt hat der Pontifex in Rom allerdings selbst zur Verbreitung der Ideen der Pfarrerinitiative beigetragen. Benedikt XVI. hatte sich in dem bekannten kommunikationstheoretischen Dilemma befunden: „Nicht einmal ignorieren“ und dadurch den Protestpfarrern keine zusätzliche Aufmerksamkeit zukommen zu lassen, war offenbar nicht mehr die Taktik der Stunde. Also sprach der Papst die Pfarrer „in einem Land“ direkt an und brachte sie damit erst recht in das Rampenlicht einer weit über die Alpenrepublik hinausgehenden Öffentlichkeit.

Die Predigt vom Gründonnerstag schaffte es bis in die „Tageschau“ des Deutschen Fernsehens: „Der Adressat dieser päpstlichen Ermahnung ist leicht zu identifizieren. Es handelt sich um eine Initiative von etwa 300 Priestern aus Österreich, die einen ‚Aufruf zum Ungehorsam‘ veröffentlicht haben. Die Initiative genießt auch in Teilen der deutschen katholischen Kirche Sympathien. Ihre Anliegen sind die altbekannten Forderungen reformorientierter Katholiken: die Zulassung von Frauen zum Priesteramt, die Abschaffung des Zölibats, mehr Ökumene, mehr Rechte für Laien in der Kirche. Benedikt XVI. sieht darin den ‚verzweifelden Drang, die Kirche nach unseren Wünschen und Vorstellungen umzuwandeln‘“.

Die direkte römische Intervention und ihre internationale Resonanz konnten nicht ohne direkte Rückwirkung auf den unmittelbar verantwortlichen Oberhirten, den Erzbischof von Wien, bleiben. Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ schrieb dazu am 11. Mai 2012: „Wie ein mit jedem Tag länger werdender Schatten liegt die Pfarrerinitiative über der bisher makellosen Kirchenkarriere Schönborns. Rom erwartet nicht nur, dass der Kardinal in Wien einen internationalen Flächenbrand verhindert. Rom erwartet auch, dass der lokale Brand völlig gelöscht wird. Wie genau das der Ortsbischof anstellen soll, ist dessen Sache. In heiklen Fragen verzichtet der Vatikan gern auf seinen ihm sonst oft vorgeworfenen Zentralismus.“

Dito die österreichischen Bischöfe. Obwohl die Pfarrerinitiative eindeutig eine „österreichische“ ist, gab es auf Österreich-Ebene kein Gespräch. Es haben jeweils nur einzelne Bischöfe mit Mitgliedern der Pfarrerinitiative aus ihrer Diözese Kontakt aufgenommen. Dahinter stehen auch medientaktische Überlegungen. Ein offizieller Termin zwischen der Bischofskonferenz und den Spitzen der Pfarrerinitiative würde – wie die Papstpredigt am Gründonnerstag – höchste mediale Aufmerksamkeit erregen. Die Reformgruppe bekäme damit einen Status, den sowohl Rom als auch die österreichische Kirchenleitung unter allen Umständen vermeiden wollen: dass sie ein offizieller Gesprächspartner wäre.

Die Pfarrerinitiative sieht das als „Gesprächsverweigerung“. Und sie wähnt sich im Vergleich schlecht behandelt, weil der Vatikan mit den Vertretern des rechten Spektrums deutlich behutsamer umgehe und sich um einen Konsens bemühe. Gemeint ist damit die traditionalistische Piusbruderschaft, die ausdrücklich wesentliche Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils ablehnt, etwa die Religionsfreiheit oder die Liturgiereform. Die Piusbrüder weichen damit nach Ansicht der Pfarrerinitiative viel grundsätzlicher und weiter von der Mitte des innerkirchlichen Diskurses ab als der punktuelle „Aufruf zum Ungehorsam“.

Öffentliche Schützenhilfe haben die „ungehorsamen“ Pfarrer zuletzt von keinem geringeren als Paul M. Zulehner erhalten. Der emeritierte Wiener Pastoralsoziologe genießt in der katholischen Kirche Österreichs und darüber hinaus hohes Ansehen. Unter dem Titel „Aus Freiheit geborener Gehorsam ist nicht blind“ bescheinigte Zulehner der Pfarrerinitiative eine loyale Haltung und respektvoll vorgetragene Kritik (Herder Korrespondenz, Juli 2012). „Was wäre mit der jungen Jesusbewegung geschehen, hätte Paulus dem Petrus nicht ins Angesicht widerstanden, weil sich dieser ins Unrecht gesetzt hat (Gal 2,11), als er meinte, es müsse zuerst jemand das ganze jüdische Gesetz samt Beschneidung annehmen, bevor er Christ werden kann“, meint Zulehner und hält dann der Kirchenleitung den Spiegel vor: „Die bange Frage ist zumindest zu stellen, ob sich nicht auch heute die Weltkirchenleitung in konkreten pastoralen Fragen (wie Zulassung zu den Sakramenten oder noch mehr die Ermöglichung der sonntäglichen Eucharistiefeier in gläubigen Gemeinden) ins Unrecht setzt?“

Zulehner spitzt den Konflikt zu, indem er den „Ungehorsam“ der Pfarrer nicht zuletzt daraus erklärt, dass es die Bischöfe am aufrechten Gang gegenüber Rom fehlen ließen. „Warum hat sich nicht schon längst eine ‚Bischofsinitiative‘ entwickelt? Ortsbischöfe mache nur die Hälfte ihrer Aufgabe, wenn sie ihre Arbeit in der Diözese gut verrichten. Es schadet aber der Weltkirche, wenn die Ortsbischöfe ihre Erfahrungen nicht in den Gang der Weltkirche einbringen. Warum also schweigen Bischöfe, die es besser wissen müssten, und warum werden Bischöfe, die auch nur Andeutungen machen, rasch zum Schweigen gebracht. Bleibt es so, darf es nicht verwundern, wenn die Ebene unter den Bischöfen, die Pfarre mit den ihnen anvertrauten Gemeinden, den unterlassenen Job der Bischöfe stellvertretend übernehmen...“

Tatsächlich sitzen die österreichischen Bischöfe zwischen allen Sesseln. Kommunikationstheoretisch ist der Versuch gescheitert, den Ball niedrig zu halten und die Pfarrerinitiative ins Leere laufen zu lassen. Die öffentliche Stimmung in Österreich erlaubt es nicht, auch

nur ein paar der führenden Köpfe vom Dienst zu suspendieren. Kardinal Schönborn weiß nur zu gut, dass dies zehntausende zusätzliche Austritte zur Folge hätte. Die Bischofskonferenz kann also auch dem Druck aus Rom nicht ohne großen Schaden im Land nachgeben.

In der gegenwärtigen kirchenpolitischen Situation scheint das Patt in der katholischen Kirche Österreichs unauflösbar. Der Konflikt müsste in einem annähernd synodalen Vorgang auf eine völlig neue kommunikative Ebene gehoben werden. Beispiele dafür waren die Diözesansynoden unmittelbar nach dem Konzil, 1968 in Salzburg und 1969 in Wien. Aus der jüngeren Vergangenheit könnte der sogenannte „Dialog für Österreich“ Pate stehen. Rund 280 von den Bischöfen ernannte Delegierte aus allen Diözesen haben vom 23. bis 26. Oktober 1998 in Salzburg in zwölf Dialoggruppen brennende theologische und gesellschaftspolitische Fragen diskutiert und „Voten“ erarbeitet. Es ist der bislang letzte innerkirchliche Diskussionsvorgang in Österreich geblieben, bei dem kein Thema tabuisiert wurde und die ganze Bandbreite katholischer Positionen abgebildet war.

14 Jahre nach dem „Dialog für Österreich“ und 50 Jahre nach der Eröffnung des Zweiten Vatikanischen Konzils gibt es keine Anzeichen dafür, dass die katholische Kirche in Österreich wieder an solche offene Kommunikationsprozesse anknüpfen könnte.